

Innere Reformfähigkeit zweifelhaft

Auszug aus: „Denkschrift. Naheliegende Einsichten und Fragen – Europa nach der Irak-Erfahrung“, Fritz W. Peter, Aug. 2003, Kap. 3 und 5 (zugehörige Anmerkungen sind angehängt).

(...)

Europa – mit wirtschaftspolitischer Altlast

Europa sieht sich als Erfolgsmodell – politisch als auch wirtschaftlich. In der Rückschau auf die letzten fünfzig Jahre besteht wenig Grund, daran zu deuteln. Wird der Blick nach vorn gerichtet, stellen sich aber kritische Fragen. Welche Schlüsselindustrien und Schlüsseltechnologien haben ihr Kraftzentrum in Europa – heute, in 10 und in 20 Jahren? Kurzum, welche Wachstumsindustrien und -bereiche werden hier basieren? Wird das Kapital künftig von anderen Regionen dieser Welt angezogen, in dynamische, ungesättigte, weniger reglementierte Märkte? Wird es, wie dies seit langem auch in Deutschland beklagt wird, einen schleichenden „brain drain“ bei Spitzenkräften, Spezialisten und dem ambitionierten Nachwuchs geben, d.h. wird Humankapital (z.B. Forschungs- und Managementpotenziale, der „Grundstoff“ der globalen Wissensgesellschaft) weiter abfließen? Attraktivere Konditionen und ein konstruktiveres wirtschaftspolitisches Umfeld als in vielen Ländern Europas könnten Anlass geben abzuwandern, auszulagern, geschäftliche Engagements und Partner außerhalb zu suchen.

Der Wirtschaftsmechanismus in zahlreichen Ländern Europas ist gekennzeichnet durch eine Überdehnung der Staatsfunktionen. Oft liegt ein Verständnis zugrunde, das die Initiative beim Staat sieht und einer vermeintlich staatlichen Kompetenzsphäre zu viele Aufgaben und Einzelaufgaben überantwortet – „zuschiebt“. Dem entspricht auf staatlicher und politischer Seite eine Bereitschaft, zu viele Aufgaben zu „usurpieren“. Die staatliche „Lastigkeit“ des Wirtschaftskreislaufs zieht fast zwangsläufig wirtschaftliche Entwicklungsschwäche nach sich, also die Tendenz oder Gefahr, im Wettbewerb der Volkswirtschaften auf die „Verliererstraße“ zu geraten. Die deutsche Volkswirtschaft, vor langer Zeit ein „Wirtschaftswunder“, erfährt diese Gesetzmäßigkeit nun schon seit Jahren. (Guinnessbuchreife) Überregulierung und Reformunfähigkeit, eine überhöhte Staatsquote und Abgabenlast sowie weitere Faktoren führen zu ständig schlechterer wirtschaftlicher Performanz und sinkenden internationalen Rating-Werten. Die Zeit des Zuwartens scheint nun endgültig abgelaufen zu sein.

In einer Anzahl europäischer Länder hat der „Sozialstaat“ eine wohlfahrtstaatliche Ausformung erhalten – mit einer ausufernden Sozialbürokratie, die ein Eigenleben entwickelt hat und an ihrem Fortbestand festzuhalten trachtet. Investive Aufgaben werden zugunsten konsumptiver Ausgaben der Sozialverwaltung zurück gedrängt. Der seine Bürger nicht nur sozialstaatlich schützende, sondern sie „sozialfürsorglich“ verwaltende Staat ist Bestandteil des Gesellschaftsbilds dieser Länder und Programmpunkt ihrer Regierungen. [24] Daraus folgt und spricht ein Mangel an notwendiger ökonomischer Grundorientierung.

[25]

Eine Wirtschaftspolitik, die unter dem Diktat der Sozialpolitik steht, ökonomische Logik aushebelt und das individuelle Leistungsprinzip zu sehr am Gedanken staatlichen Handelns und kollektiver Fürsorge relativiert, liefert keinen Beitrag zu einem wirtschaftlich dynamischen, ressourcenstarken, handlungsfähigen Europa, das seine Verantwortung und seine beanspruchte Rolle in der Welt wahrnehmen könnte; denn es dominiert bei diesem Grundverständnis von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die Neigung, dynamische Faktoren durch staatlichen Eingriff „abfangen“ bzw. aushebeln zu wollen.

Anders als nach den Prinzipien eines derartigen Handlungsmusters bestimmt im Leben Amerikas das wirtschaftliche Leistungsprinzip ungebremster und unverbrämter die gesellschafts-politischen Ordnungsvorstellungen. Für die Chancenverteilung im wirtschaftlichen Kräfteverhältnis liegen die Folgen auf der Hand. [26]

Sozialverträglichkeits-Rhetorik muss nicht, aber kann einer der „Bremshebel“ sein; sie sollte sich daher stets zunächst der „Nachhaltigkeitsprüfung“ stellen. Denn warum sollen nur die Ergebnisse des *betrieblichen* Managements und nicht auch diejenigen des *politischen* Managements einem „Elch-Test“ unterzogen werden.

Alles hier Gesagte war auch schon in einem Bild zum Ausdruck gebracht worden, das *Ludwig Erhard* – besorgt um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – gebrauchte: Es komme zu „*immer höheren Staatsausgaben [als Folge des damaligen allgemeinen Booms]. Wir durchlaufen eine ballistische Kurve. Es führt uns hoch hinaus – bis wir durch unser Eigengewicht herunter gezogen werden.*“

Exkurs – zur Erinnerung an morgen

Wieviel Staat ist zuträglich? Auch hier dürfte das Wort des *Paracelsus* über die Wirkung von Arzneien gelten: „*Alle ding sind gift und nichts on gift; alein die dosis macht das ein ding kein gift ist.*“ Zu viel Staat bedeutet in der Tendenz zu wenig Bürgergesellschaft, gebremste Selbstinitiative, gleichsam „vom Staat geliehene“ gesellschaftliche Identität, Vitalitätseinbußen. Die notwendigen Anpassungen an eine sich schnell verändernde Welt bedingen jedoch – wenn es eine nachhaltige, also stabile Entwicklung sein soll – ein *aktives*, d.h. von *Selbstinitiative* mit getragenes Verhalten aufseiten der Einzelnen in ihren Lebensbereichen.

Es entspricht doch lediglich nüchterner Sicht, wenn gesagt wird: Für das Land (den Kontinent) und seine Menschen geht es um die Bewältigung einer *offenen, beeinflussbaren und selbst mit zu verantwortenden Zukunft*. Dazu müssen staatlicherseits Voraussetzungen geschaffen, nicht jedoch Hindernisse aufgebaut werden (wie z.B. die nicht mehr zu schulternden Soziallasten oder ausufernden Vorschriftenwerke). An Beispielen und Belegen für zu viel Staat und zu viel Regulierung fehlt es nicht. Eine Abkehr von der bisherigen Praxis wird immer dringlicher. Die Wahlbürger scheinen das zu begreifen, die Politikverantwortlichen dagegen verharren oft noch; es fehlt weithin immer noch an der Einsicht oder aber an der notwendigen Konsequenz.

Der Mut zur Einsicht und zum Handeln wird nun aufgebracht werden müssen. Ihn zu finden fällt leichter, wenn man sich klar macht, dass bei Nichtüberwindung des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformstaus in Deutschland (das hier stellvertretend auch für einige andere europäische Länder steht) das Regierungshandeln Gefahr läuft, eine unsachgemäße Profilierung in Ersatzhandlungen zu suchen. Der Irak-Konflikt bot entsprechenden Anschauungsunterricht: Aktiv wurde auf Wahlkampfveranstaltungen, statt auf diplomatischer Ebene agiert. (Schröder verwechselte bedenkenlos den Marktplatz in Goslar mit dem Kaminzimmer des Präsidenten im Weißen Haus sowie den Anlass einer Wahlveranstaltung mit der Notwendigkeit einer klugen diplomatischen D marche unter Regierungsverantwortlichen beidseits des Atlantik.) Wir haben uns daran zu erinnern, dass deutsche Sonderwege stets aus einer Notlage heraus bzw. aus Mangel an Perspektive beschritten wurden. Es ist deshalb nicht nur aus Gründen wirtschaftlicher Prosperität, sondern auch unter dem Gesichtspunkt eigener Berechenbarkeit von gr o ter Bedeutung, dass eine (1.) konzeptioneller angelegte und (2.) konsequenter durchgeführte Politik zum Zug kommt.

„Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Brutto-sozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union – ob es einem gef llt oder nicht – ein globaler Akteur; sie sollte daher bereit sein, einen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit zu tragen.“ Mit dieser Mahnung erdffnet Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, den Text seines Entwurfs einer europäischen Sicherheitsstrategie.

[40] Eine weitere, in Zahlen gefasste Aussage, die ein Nachdenken provozieren kann, soll hier hinzugefügt werden. *Franz-Jochen Schoeller*, früherer deutscher Botschafter in Polen, Frankreich und Brasilien und zuvor u.a. an den Botschaften in Rom, Madrid sowie Teheran tätig, äußerte sich in einer Korrespondenz zur Frage des Bedarfs an einer aktiver und breiter geführten strategischen Diskussion wie folgt: *„Wie notwendig diese Gedankenarbeit ist, wird transparent, wenn man davon ausgehen kann, dass die europäische Bevölkerung im Jahre 2030 nur noch 5% der Weltbevölkerung ausmacht. Gelingt es nicht, bis zu diesem Zeitpunkt die in leidvoller europäischer Geschichte gemachten Erfahrungen in globale Harmonisierungs- und Friedensbemühungen umzusetzen, kann man nur mit Sorge in die Zukunft blicken.“* [41]

(...)

[zugehörige Anmerkungen]

Anm. 24: DIE ZEIT persifliert: *„Versuche, die Verteilungswirkungen des deutschen Sozialstaates zu ermitteln, sind bisher noch immer gescheitert. Zwei Bundestags-Enquete-Kommissionen gaben nach einigen Versuchen resigniert auf. Sicher ist immerhin, dass in großem Umfang die Mittelschicht Leistungen für die Mittelschicht bezahlt.“* In: *„Die Feigheit der Flickschuster“*, Elisabeth Niejahr, 15.5.03

Anm. 25: Mit berechtigter beißender Kritik verdeutlicht ZEIT-Herausgeber *Josef Joffe* die Blockaden im deutschen Wirtschaftssystem, u.a. in: „*Deutschland, einig Klüngelland*“, *Die Zeit* 11/2002, Teil 1 einer Serie kritischer Beiträge zum Thema „Agenda Deutschland“. Keineswegs überspitzt erscheint auch sein folgendes bildhaftes Resümee: „*Endlos variiert lautet die Botschaft: Es geht eben nicht so weiter wie bisher. Dabei wussten und konnten es die Deutschen vor einem halben Jahrhundert viel besser. Da konnten sie sich mit fantastischem Wachstum brüsten, da haben sie in Windeseile ein zerstörtes Land wieder aufgebaut. Warum? Weil sie Glück im Unglück hatten. Weil nach zwei Weltkriegen und zwei Währungsreformen (1923 und 48) das unterste zu oberst gekehrt worden war, weil alte Besitzstände und Machtstrukturen umgepflügt worden waren. Der Boden bestand aus gelockertem Humus, nicht aus gegossenem Beton. Doch je reicher und erfolgreicher die Deutschen, desto zittriger klammerten sie sich an ihre Besitzstände, desto mehr riefen sie nach ‚Berechenbarkeit‘, staatlicher Fürsorge und kollektiver Absicherung.*“

Anm. 26: Die Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung haben bei der Aufzählung unveräußerlicher Menschenrechte auch das Streben nach Glück – „*pursuit of happiness*“ – genannt. Dies muss kein Widerspruch zur Aussage sein, dass das Leistungsprinzip eine Richtschnur bildet, im Gegenteil, es kann eine Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels, individuell und gesellschaftlich, sein. Europäische Deklamationen von Verfassungsrang bekennen sich *nicht* in gleicher Klarheit zum Glücksstreben des Souveräns und einzelner Menschen. Das ausgeprägte Besitzstands- und Interessendenken in unserem Land, die international kürzeste Arbeits- und Lebensarbeitszeit, Reiselust, Heimwerkerei und anderes mehr – ebenso wie die Programmatiken von Parteien und Regierungen zur „Ausgestaltung des Sozialstaats“ und „Gegen Sozialabbau“ etc. – sind nichts weniger als der versteckte oder sichtbare Hinweis auf das Streben nach Glück. Vielleicht könnte ein offeneres Eingeständnis helfen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die zugrunde liegenden Programmatiken danach zu durchleuchten, ob sie geeignet sind, ihren Zweck – Glück zu ermöglichen – auch tatsächlich zu erfüllen.

(...)

Anm. 40: Entwurf v. Juni 2003, vom Europäischen Rat verabschiedete Fassung v. Dez. 2003

Anm. 41: private Korrespondenz

Die „Denkschrift“, aus der dieser Textauszug entnommen ist, wurde von Ralf Dahrendorf mit den Worten kommentiert: „*Ich habe selten einen Text mit so viel Zustimmung gelesen wie diese Schrift. Ihre rege eindrucksvolle Argumentation ist zudem höchst konstruktiv [...].*“ Auf Nachfrage unterstrich Lord Dahrendorf: „*Natürlich können Sie mich damit zitieren!*“